



Foto: Hervé Montaiqu

Zwischenbilanz einer Vision

RIFKIN-PROZESS Es bleibt noch viel zu tun

Christian Muller

Vor einem fast prall gefüllten Saal im Grand Théâtre hat die Regierung gestern vor Politikern, Privatleuten, Schülern sowie Vertretern aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft eine erste Zwischenbilanz des Rifkin-Prozesses vorgestellt.

„Noch vor einigen Jahren (nach der Finanzkrise) hatten wir Sorgen. Wir hatten zu wenig Wachstum“, so Wirtschaftsminister Etienne Schneider zu Beginn seiner Rede. „Heute ist das nicht mehr der Fall.“ Manche Menschen „verteufeln“ das Wachstum heute sogar, so der Minister weiter. Sie sehen die immer länger werdenden Staus auf den Straßen und die ewig steigenden Immobilienpreise.

„Doch Gott sei dank haben wir heute wieder Wachstum – wir brauchen es, um unser Sozialsystem zu finanzieren“, sagt Schneider. Die große Frage aber sei: „Wie gestalten wir das Wachstum künftig auf eine nachhaltige Art und Weise?“ Damit hat der Initiator des Prozesses in wenigen Sätzen zusammengefasst, was das Ziel des Projekts ist. Er will das Land auf die Zukunft vorbereiten.

Dass viele Menschen heute eher die negativen Seiten des Wachstums sehen als früher, erklärt sich der Minister damit, dass der Wohlstand nicht mehr so gut verteilt wird wie vor der Finanzkrise. „Früher stieg das verfügbare Einkommen der Men-

schen jedes Jahr um rund zwei Prozent“, so Schneider. Heute sei es deutlich weniger.

Die negativen Seiten des Wachstums

Dies zeige, dass man neue Modelle benötige, so der Minister weiter. Und der Rifkin-Prozess ist eine langfristige Vision, eine, die über politische Wahlperioden hinausgeht, die erarbeitet wird. Gleichzeitig wird beim Prozess versucht, möglichst viele Menschen mit einzubinden. Und so waren es rund 350 Personen, die bisher in Arbeitsgruppen in verschiedenen Themenbereichen (bspw. Nachhaltiges Bauen, Mobilität oder Energie) mitgearbeitet haben.

All diese Bereiche verbindet, dass sie mit der fortschreitenden Digitalisierung vor fundamentalen Veränderungen stehen.

Der Star Jeremy Rifkin, dessen Namen der komplette Prozess

trägt, und der anfangs das Projekt mit gestartet hat, war gestern nicht mehr mit dabei. Seine Person war ein Aufhänger, um die Debatte um die dritte industrielle Revolution ans Laufen zu bringen, so Schneider. „Mittlerweile kommen wir selbst gut voran. Gemeinsam wurden viele Ideen entwickelt – und sie befruchten sich gegenseitig.“

Dass viele unterschiedliche Themen in diesem Prozess gemeinsam behandelt werden, sieht auch Carlo Thelen von der Handelskammer als Stärke des Projekts. Wirtschaftlich gesehen hofft er, dass im Laufe des Prozesses eine „Exit-Strategie aus unserem aktuellen nicht-nachhaltigen Wachstumsmodell“ entwickelt werden könne.

Wie genau das in Zukunft aussehen soll, bleibt vorerst unklar. Klar jedoch ist, dass „die Welt sich verändert, und dass wir neue Wege finden müssen“, so Christian Scharff von IMS Luxembourg. „Wir haben gar keine andere Wahl. Es gibt keine Alternative

zur Suche eines neuen Weges.“ Eine Luftverschmutzung, wie es sie beispielsweise in Neu Delhi gibt, wolle man hierzulande jedenfalls nicht.

Um den partizipativen Charakter des Prozesses hervorzuheben, erhielten gestern zudem 12 Schüler und Studenten, die bei einem Innovation Camp der „Jonk Entrepreneuren“ teilgenommen haben, die Gelegenheit, ihre eigenen Ideen vor fünf Ministern zu präsentieren. Mit dabei waren neben dem Wirtschaftsminister noch der Finanzminister, die Ministerin für Umwelt, der Minister für Nachhaltigkeit und Infrastruktur sowie der Minister für Arbeit.

Exit-Strategie aus Wachstumsmodell

Die Schüler haben unter anderem vorgeschlagen, ein Spiel zum Thema Energieeffizienz in den Schulen einzuführen. Oder dass

gewisse Haushaltsgeräte zwischen den Bewohnern von Apartment-Wohnungen gemeinsam benutzt werden könnten. Weiter sind sie der Meinung, dass vor allem der Staat in der Pflicht stehe.

Er müsse die Rolle des Vorreiters und des Sponsors (mittels staatlicher Beihilfen) einnehmen. Die Schüler bemängelten aber auch, dass das Thema „Rifkin“ in den Schulen nur sehr wenig thematisiert werde.

Nach den Schülern erhielten Vertreter von unterschiedlichen Berufskammern die Gelegenheit, ihre Ideen zum Thema vor den Ministern zu erläutern.

Jean-Claude Reding von der „Chambre des salariés“ wies darauf hin, dass die Digitalisierung es bisher nicht geschafft habe – im Gegensatz zur Theorie – Arbeit und Freizeit miteinander in Einklang zu bringen.

Vielleicht sollte man ein gesetzliches Recht einführen, das Mitarbeitern erlaubt, in ihrer Freizeit nicht ständig per Handy erreichbar zu sein, sagte er. Immerhin würden heute die meisten Menschen mehr als 40 Stunden pro Woche arbeiten. Dies müsse künftig besser organisiert werden. Das werden Zukunftsherausforderungen für den nationalen Sozialdialog.

Abgeschlossen ist der Rifkin-Prozess somit noch lange nicht. „Vieles bleibt in den nächsten Jahren zu tun“, so der Wirtschaftsminister. Die nächste Etappe wird eine Debatte im Landesparlament sein, die nächste Woche stattfindet.



Technologischer Fortschritt ergibt nur Sinn, wenn er auch zu sozialem Fortschritt führt

Etienne Schneider, Wirtschaftsminister

Grundeinkommen

Ein Knackpunkt in den langfristigen Rifkin-Überlegungen ist die Frage, wie der Reichtum in Zukunft verteilt wird. Immerhin wird davon ausgegangen, dass die Produktivität der Firmen mit der Digitalisierung steigt – die Firmen aber weniger Arbeitskräfte benötigen würden. Einer der Schüler warf gestern die Frage auf, ob das bedingungslose Grundeinkommen nicht eine gute Lösung sein könnte. Wirtschaftsminister Etienne Schneider erteilte der Idee jedoch eine Absage. Obwohl er nicht glaubt, dass die 40-Stunden-Woche in ihrer derzeitigen Form weiter bestehen werde, bevorzuge er eine andere Alternative: „Wäre es nicht besser, die Arbeitszeit für jedermann zu senken – und so doch dafür zu sorgen, dass jeder eine Arbeit halten kann.“

Einige der geplanten Maßnahmen

Luxemburg soll künftig eine dezentral organisierte Energieversorgung erhalten, erklärte Etienne Schneider gestern. Man sei dabei, an neuen Regeln zu arbeiten, damit Haushalten den selber produzierten Strom auch verbrauchen können. Zudem arbeite man daran, künftig auch größere Photovoltaik-Anlagen in Luxemburg bauen zu können. Vor allem im Bausektor müssten auch neue Konzepte entwickelt werden. Es gelte, die Prinzipien der Kreislaufwirtschaft umzusetzen und neue Gebäude so zu bauen, dass man sie später wieder in die Bestandteile zerlegen kann – und diese wiederverwenden kann. Man arbeite am Erstellen eines „Passport“ für Gebäude, in dem drinsteht, welche Materialien verwendet wurden. In Wiltz werde bereits an einem Pilotprojekt mit 1.000 Wohnungen gearbeitet. Der staatliche Immobilienpark besteht aus 210.000 Gebäuden, von denen 60 Prozent älter als 25 Jahre sind. Das Potenzial für mehr Energieeffizienz sei somit enorm. Um den Unternehmen beim Prozess der Digitalisierung zu helfen, soll die Schaffung eines Kompetenzzentrums „Industrie 4.0“ geprüft werden.

Protestaktion

Der ursprüngliche Fokus des Prozesses, die Suche nach einem alternativen Wirtschaftsmodell für Luxemburg, reicht vielen Bürgern nicht aus. So beispielsweise dem „Mouvement écologique“. Er hatte am Donnerstagmorgen ein „piquet de protestation“ vor dem Grand Théâtre organisiert. Man freue sich zwar über den Rifkin-Prozess – er reiche aber nicht aus, so die Aussage. Wichtige Themen seien aufgegriffen worden und viele Akteure redeten miteinander. Trotzdem sei der Rifkin-Prozess keine „Zukunftsvision für unser Land“, so der „Mouvement écologique“. Eine wahre Grundsatzdebatte über die Zukunft des Landes habe bisher nicht stattgefunden. Die Organisation wünscht sich beispielsweise deutlichere Aussagen zu Themen wie Ökologie, soziale Gerechtigkeit oder Schutz der Privatsphäre. Zudem ist der „Mouvement écologique“ nicht überzeugt von dem neuen Ruf nach „qualitativem Wachstum“. Was bedeutet er überhaupt, fragt sich die Organisation zurecht. Sie unterstreicht, dass diese als alternatives Wirtschaftsmodell gepriesene Idee große Chancen habe, langfristig nichts anderes als eine Illusion zu sein.

Revolutionäre also beim



Dhiraj Sabharwal
dsabharwal@tageblatt.lu

Im vergangenen Jahr wurde die Rifkin-Strategie für Luxemburg mit großem Pomp vorgestellt. Seitdem fanden Konferenzen statt, in Arbeitszirkeln wurden Details diskutiert, wie der Übergang Luxemburgs in die dritte industrielle Revolution stattfinden könnte. Nach einer Zwischenbilanz des Rifkin-Prozesses gestern (siehe auf nebenstehender Seite) findet kommende Woche im Parlament eine „Konsultationsdebatte“ zum Bericht des Soziologen und Zukunftsforschers Jeremy Rifkin statt. An dieser Stelle zwei Ansichten zu dieser Zukunftsstrategie für Luxemburg.



Lucien Montebrusco
lmontebrusco@tageblatt.lu

Soziale Dimension fehlt

Eigentlich ist Jeremy Rifkin ganz schön raffiniert. Er verkauft Staaten frei zugängliche Ideologehäppchen und überlässt es seinen Auftraggebern am Ende selber, utopisch anmutende Visionen umzusetzen. Darauf muss man erst mal kommen. Prinzipiell ist es zunächst begrüßenswert, dass auch in Luxemburg die neoliberalen Wirtschaftsmodelle, die seit den 80er-Jahren Wahl- und Regierungsprogramme schmücken, infrage gestellt werden. Doch werden sie das tatsächlich? Oder ist die ganze Rifkin-Manie vielmehr Ausdruck einer Visionslosigkeit der luxemburgischen Politelite, die über die Parteigrenzen hinweg identisch argumentiert, austauschbar wirkt und es zum Teil auch ist?

Rifkin weist selbst immer wieder darauf hin, dass die kapitalistische Gesellschaftsordnung bis Mitte des 21. Jahrhunderts Bestand haben und gemeinsam mit der „Shared Economy“ und weiteren Formen des Wirtschaftens eine hybride Weltwirtschaftsordnung bilden wird. Klartext: Auch der nette Herr Rifkin wird so schnell nichts an den bestehenden Wirtschaftsverhältnissen ändern. Glänzen tut er wiederum in seinem analytischen Verständnis der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsmodelle und ihrer Entwicklung. Allerdings finden sich bei Rifkin trotz all seiner mit Blick auf Technologie- und Energieversorgungsfragen anregenden Thesen kaum Hinweise zum sozialen Fortschritt. Und genau hierin liegt gerade vor dem Hintergrund der Anwendung in Luxemburg das eigentliche Problem der Rifkin'schen Zukunftsvision: Ihr fehlt eine philosophische Grundlage. Rifkin argumentiert und gestaltet lediglich aus einer rein wirtschaftsliberalen Perspektive: Die ganze Welt wird in der dritten industriellen Revolution

quasi ohne menschliches Zutun vom technologischen Fortschritt überrollt, den es anzunehmen gilt. Wie wichtig jedoch in dieser Hinsicht regulatorische Kräfte der Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sind, blendet Rifkin oft in seinen Überlegungen aus. Zumindest ist er sich dieser Tatsache bewusst. So weist er in Interviews darauf hin, dass die aktuellen Entwicklungen auf einem Paradox beruhen: Die unsichtbare Hand des Marktes habe, so Rifkin, Erfolg, weil sie die Wirtschaft des Teilens schaffe. Solche steilen Thesen müssen einem erst mal angesichts der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise einfallen ...

Zugegeben: Das Herz eines jeden Technik-Nerds schlägt beim Gedanken höher, dass irgendwann nach Belieben mit 3D-Druckern gearbeitet und produziert werden kann. Allerdings ändern all diese Vorstellungen nichts an der Tatsache, dass Rifkin Fragen des Sozialkapitals und Fehlentwicklungen in seinen Überlegungen ausklammert. Er begeht die gleichen Fehler wie viele Wirtschaftswissenschaftler, die bei ihren Modellen Technologie, nicht aber den damit verbundenen normativen Zusammenhalt berücksichtigen. Denn es sind diese Normen, die es erst ermöglichen, dass eine Wirtschaftsordnung von den Luxemburgern als legitim empfunden wird. Wie dies jedoch geschehen soll, wenn Luxemburg einerseits der „Let's make it happen“-Saubermann sein will, andererseits ein Spielplatz für Steuerschlingel ist, kann niemand beantworten.

Dabei sind es gerade Fragen wie Steuergerechtigkeit, soziale Ungleichheit und Monopolstellungen von Unternehmen, die auch in Luxemburg akut sind. Lediglich unsere Politiker können sie beantworten: mit mehr sozialem und philosophischem Mut.

Notwendiger Denkanstoß

Als Spinner wird er von seinen Gegnern abgetan: der US-amerikanische Soziologe, Ökonomist und Zukunftsforscher Jeremy Rifkin. Seit Jahren schon propagiert er seine Vorstellungen von der dritten industriellen Revolution (TIR). Ihr hat er Bücher und Konferenzen gewidmet. Die Revolution, die wir derzeit erleben, von der Digitalisierung vorangetrieben, verändert die Welt der Produktion und das gesellschaftliche Zusammenleben grundlegend, so seine Grundthese. Insbesondere die klassische Art der Energiegewinnung ist überlebt. Aus Konsumenten werden „Prosumenten“, also Produzenten und Konsumenten von Energie.

Dass sich unsere Gesellschaft und unser Land ändern, ist auch für den ersichtlich, der nichts mit dem Namen Rifkin am Hut hat. Wer hätte vor zehn Jahren – vor genau einem Jahrzehnt kam das erste iPhone auf den Markt – voraussagen können, dass fast jeder Luxemburger heute einen Minicomputer in Form eines Smartphones in der Tasche tragen wird; ein Gerät, dessen Rechenleistung um ein Vielfaches jene der handelsüblichen Personal Computer von damals übersteigt?

Diese Digitalisierungswelle setzt sich unvermindert fort. Nur Rückwärtsgerade und andere Nostalgiker werden anmerken, dass man das ganze digitale Zeug nicht braucht, dass das nur eine Modeerscheinung ist, genauso wie superbreite Hosen für Männer in den 1970er-Jahren.

Dass die Luxemburger Regierung einen Zukunftsforscher und Visionär wie Rifkin mit einer Studie beauftragte, in welche Richtung sich Luxemburg entwickeln soll, finde ich absolut begrüßenswert. Endlich machen sich Politiker in der Verantwortung echte Gedanken darüber, wie Luxemburg mor-

gen aussehen könnte, wie seine Gesellschaft sich auf diesen Weg dorthin vorbereiten kann. Wobei es natürlich kein bis ins letzte Detail genaues Zukunftsbild geben kann.

Die Rifkin-Studie soll Denkanstöße liefern, die wichtigen gesellschaftlichen Akteure an einen Tisch zusammenbringen, um gemeinsam an einer planmäßigen Entwicklung des Landes zu arbeiten. Denn die Digitalisierung wird die Wirtschaft, die Arbeitswelt und das Zusammenleben weiterhin verändern, ob konservativ ausgerichtete Unternehmen und Gewerkschaften das wollen oder nicht.

Nicht nur Arbeitsplätze, die derzeit von minderqualifizierten Beschäftigten besetzt werden, werden verschwinden. Unter Druck geraten auch Arbeitnehmer, die sich bisher wegen ihrer hohen Qualifikation, ihres renommierten Studienabschlusses eigentlich keine Sorgen um ihre berufliche Zukunft machen mussten. Unter Druck geraten wird schließlich auch das bislang gültige Finanzierungsmodell unserer Sozialversicherung.

Für ein kleines Land sind derlei Herausforderungen schwerwiegender als für seine größeren Nachbarn. Es muss schneller reagieren. Dass Luxemburg dies durchaus gelingt, hat es mit der Stahlkrise der 1980er-Jahre gezeigt. Schneller als seine Nachbarländer hat es damals auf neue Bereiche umgesattelt und damit das Land vor einer Katastrophe bewahrt. Das gelang, weil Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften als damals dominante Salariatsvertreter an einem Strang zogen.

Das sollte weiterhin möglich werden. Die Rifkin-Studie liefert die Blaupause. Mit Inhalt gefüllt werden muss das Projekt von der Politik, der Wirtschaft und den anderen gesellschaftlichen Akteuren.